

Schlichter-Konferenz in Berlin

enb. Berlin, 5. Oktober.

Im Reichsarbeitsministerium sind heute vormittag um 10 Uhr die Schlichter zu der angekündigten Konferenz zusammengetreten.

werden, daß man sich klar machen muß, ob man die Mängel des heutigen Systems mehr beim Wähler oder mehr beim Gewählten suchen soll. Danach richtet es sich, ob nicht die Hauptänderungen auf der Seite des passiven Wahlrechts vorzunehmen sind. Von einer bloßen Heraushebung des Wahlrechts und der Einführung des Mehrheitsprinzips verspreche ich mir keinen sonderlichen Erfolg.

2. Schiffer setzt sich für eine härtere Verbindung der Volkvertretung mit den Selbstverwaltungskörpern ein und schlägt an Stelle von Reichsrat und Reichswirtschaftsrat die Errichtung einer Ersten Kammer, eines Länder- und Ständehauses, vor, dessen Mitglieder von den Regierungen der Länder, den Obrigkeiten der Gemeinden und den Organisationen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bestimmt werden. Der hier eingeschlagenen Richtung wird man m. E. bedenkenlos folgen können, wenn auch gerade hier Entscheidendes auf die nicht näher angegebene Ausgestaltung ankommt.

3. Eine der wesentlichsten Vorschläge Schiffers ist die Einführung der konstitutionellen Demokratie. Der Reichspräsident wird Träger der vom Volke ausgehenden Staatsgewalt. Die Zuständigkeiten zwischen Reichspräsident und Reichstag werden zugunsten des letzteren anders geordnet. Wenn man diesen Weg mit Vorsicht beschreitet, so dürfte hier in der Tat einer der Schlüssel für eine Verfassungsreform zu finden sein.

4. Schiffer gibt ein paar Richtlinien für die Abgrenzung der Zuständigkeiten; insbesondere geht er der Wurzel des Übels der heutigen Mißtrauensvoten auf den Grund. Will der Reichstag künftig die Reichsregierung stützen, so soll das nicht nur das Ergebnis eines Rechenempfehlens sein, sondern es soll ein an den Reichspräsidenten zu richtender, mit Gründen versehener Antrag erforderlich werden, über den sich die Ministerstürzer zu einigen hätten. Läßt sich der Reichspräsident von den Gründen nicht überzeugen, so wird die Regierungskrise automatisch zur Reichspräsidentenkrise; nur durch Absehung des Reichspräsidenten in dem dafür vorgesehenen Verfahren ist dann die Krise zu lösen. Während ich den ersten Teil des Vorschlags billige, daß zu dem rechnerischen Mißtrauensvotum ein positiver Antrag der Ministerstürzer hinzutreten muß, scheitert mir die Verbindung der Regierungskrise mit einer Präsidentenkrise unangebracht.

5. Die heute außerhalb der Verfassung eingeführte präsidiale Diktatur will Schiffer verfassungsrechtlich sanktionieren und dem Reichspräsidenten das Recht geben, auch ohne Beschluß des Reichstags Gesetze zu verhängen, wenn ihr Erfolg unaufschiebbar und der Reichstag sich außerstande erweist, sie rechtzeitig zu beschließen. Trotz prinzipieller Einverständnis erscheint mir die Formulierung so unbestimmt, daß bei Berücksichtigung der Verfassungsauslegungsmöglichkeiten der letzten Jahre mißbräuchlicher Anwendung dieser Vorkehrung ein Risiko vorgeschoben werden muß. Auch die Aufhebung von Diktaturmaßnahmen durch den Reichstag soll nur zulässig sein, wenn dieser zugleich feststellt, daß sie des begründeten Anlasses entbehren haben. Darin liegt eine erhebliche Erschwerung der Aufhebung bloß deshalb, weil der Inhalt etwa einer Verordnung einzelnen Gruppen nicht paßt.

6. Besondere Vorschläge widmet Schiffer der Entpolitisierung des Beamtentums. Der Beamte darf nur auf Vorschlag des (unpolitischen) Staatssekretärs ernannt werden. Mindestens das passive Wahlrecht ist ihm zu nehmen. Ich halte es für unrichtig, dem Beamten das passive Wahlrecht zu rauben, bin aber der Meinung, daß verhindert werden muß, daß einem Beamten aus der Abgeordneteneigenschaft besondere dienstliche Vorteile erwachsen. Bei Beförderung muß m. E. Mandatsverlust einreten, und es müssen die Diäten zum Teil auf das Gehalt in Anrechnung gebracht werden. noch weitere Erschwerungen sind denkbar.

7. Sondervorschläge macht Schiffer für die weitere Entpolitisierung der Richter, denen er eine begrenzte Autonomie verleihen möchte.

8. Wesentlich erscheint ferner der Vorschlag, das Parlament durch Beschränkung auf das Grundgesetzliche im Gesetzgebungsverfahren zu entlasten, indem der Reichsregierung zur Ausführung der Gesetze eine Rechtsverordnungsrecht generell gegeben wird. Ob sich freilich dann der Gesetzgeber, der selbst bestimmen kann, wie weit er bei der Gesetzgebung in Einzelheiten gehen will, wirklich selbstbeschränken wird, ist mir zweifelhaft.

9. Die Tendenz des Schifferschen Entwurfs geht dahin, den Verfassungstext zu entlasten und den sog. „variablen“ Teil der Verfassung nicht aufzunehmen. Wenn aber damit z. B. die ganzen Grundrechtsbestimmungen fortfallen, so scheint mir daran doch eine Verleugnung der Bedeutung zu liegen, die sie für die Staatsidee wieder erlangt haben. Gewiß wird es gerade hier schwer sein, einen einheitlichen Bau zustande zu bringen; aber einen Verzicht auf die Aufnahme der ideellen Grundlagen des Staatswesens in die Verfassung würde ich gerade um dessentwillen für fehlerhaft halten, weil die Verfassung einer Popularisierung dringend bedarf und weil das Volk heute von keiner Verfassung mehr erwartet als die bloße Formulierung der organisatorischen Grundprinzipien.

Schwere Bluttat in Leipzig

Leipzig, 5. Oktober. Eine schwere Bluttat spielte sich am Mittwoch früh gegen 6.30 Uhr in einem Hause auf der Fickerstraße ab. Der dort wohnhafte 66 Jahre alte Baumeister Robert H. gab auf dem Korridor der Wohnung auf seine 35 Jahre alte Tochter Irma, die eine Schokolade in einem Schuß ab, der die Frau in den Rücken traf. Sie schloß sich dann in ein Zimmer ein und verübte Selbstmord mit der gleichen Waffe. Die Tochter wurde mit einem Lungenstecher ins Krankenhaus gebracht. Der Grund zur Tat soll in Familienzwistigkeiten zu suchen sein. Wie es heißt, soll sich die Tochter verpflichtet haben, ihre alten Vater auf Lebzeiten zu sorgen. Hierzu dürfte sie infolge der wirtschaftlichen Notlage nicht imstande gewesen sein.

Lehnt Frankreich ab?

Herriot und der englische Vorschlag einer Fünf-Mächte-Konferenz

Paris, 5. Oktober. (E. M.) In den Morgenblättern wird mehrfach an Herriot das Ersuchen gerichtet, dem englischen Vorschlag einer neuen Konferenz zur Behandlung des Fragenkomplexes „Gleichberechtigung und Abrüstung“ aus dem Wege zu gehen. Einzelne Blätter glauben, näheres über die Unterhaltung Herriots mit Sir John Simon mitteilen zu können, die gestern bei der Durchreise des englischen Außenministers stattgefunden hat.

Nach dem „Matin“ hat Herriot zu dem englischen Vorschlag bisher weder nein noch ja gesagt.

er hat vielmehr verlangt, daß, ehe er sich endgültig entscheidet, eine Reihe von Vorfragen geklärt wird. Diese drei Fragen werden vom „Matin“ angeführt: Er wünschte zu wissen, ob man sich in London zunächst die Zustimmung Berlins gesichert habe. Ferner hat er die Frage aufgeworfen, in welchem Geiste das Kabinett Papen bereit sei, an der Konferenz teilzunehmen. Schließlich möchte Herriot wissen, ob Deutschland die Bedingungen aufrecht erhalte, die es für seine Beteiligung an der Abrüstungskonferenz gestellt hat. Dem „Matin“ zufolge hat Herriot den englischen Außenminister aufgefordert, sich hierüber mit Berlin ins Einvernehmen zu sehen.

Erst wenn Frankreich eingehend unterrichtet sei, werde es zu dem englischen Vorschlag Stellung nehmen.

„Journal“ will von zwei weiteren Bedingungen Herriots wissen. Die erste wäre, daß die angetragene Konferenz in Genf, und nicht wie geplant, in London stattfinden, die zweite, daß auch Belgien und Polen zugezogen werden. Das „Echo de Paris“ behauptet sogar, daß Herriot sich in Genf am Donnerstag vergangener Woche in der Sitzung mit den Vertretern der Kleinen Entente, Polen und Belgien gebunden habe. Er habe dort Gebankengänge entwickelt, die aber auch gar nichts mit denen gemeinsam hätten, die jetzt in London erörtert würden.

Keine Antwort Deutschlands

enb. Berlin, 5. Oktober. (E. M.)

Im Auswärtigen Amt ist die Einladung zur Londoner Konferenz der Hauptmächte eingegangen, und zwar wurde sie

mündlich durch den englischen Geschäftsträger dem Staatssekretär Dr. v. Hülow übermittelt. Der Staatssekretär hat die Einladung entgegengenommen.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist bisher deutscherseits eine Antwort auf die Einladung nicht erteilt worden.

Einladung auch an Belgien und Polen?

London, 5. Oktober.

Der Pariser Korrespondent der „Morningpost“ behauptet, Sir John Simon habe Herriot bei der letzten Unterredung angeboten, die Einladung zur Londoner Konferenz auf Belgien und Polen auszudehnen.

damit Frankreich sich nicht gegenüber Großbritannien, Deutschland und Italien isoliert fühle.

Herriot habe das Anerbieten aber abgelehnt. — Dazu will der diplomatische Korrespondent des Blattes erfahren haben, daß Herriot den britischen Vorschlag nicht direkt verworfen habe; allerdings habe er sich auch nicht gerade dafür erklärt. Die Aussichten auf ein Zustandekommen der Konferenz seien angesichts der Ansichten in Paris wie in Berlin nicht verhelfungsvoll.

Benderfon kehrt nach Genf zurück

mit. London, 5. Oktober.

Benderfon wird am kommenden Sonnabend von London nach Genf abreisen, um beim Wiederausbruch des Abrüstungsabkommens den Vorschlag zu führen. Er erklärte, daß er hoffe, am Bodenende in Paris oder in Genf mit Herriot zusammenzutreffen.

Der Dank des Reichspräsidenten

Berlin, 5. Oktober. Die Ansprache, die der Herr Reichspräsident als Dank für die ihm entgegengebrachten Glückwünsche und erwiebenen Aufmerksamkeiten im Rundfunk hielt, hat folgenden Wortlaut:

„Zur Vollendung des 86. Lebensjahres sind mir aus allen Teilen des Reiches und auch von den Deutschen jenseits unserer Grenzen zahlreiche Glückwünsche zugegangen. All diese Grüße und Gaben von Groß und Klein, von Reich und Arm haben mich tief gerührt. Ich habe diese vielen Zeichen persönlicher Anteilnahme zugleich als Beweis treuer patriotischer Gesinnung und Verbundenheit begrüßt. Mit besonderer Befriedigung habe ich auch davon Kenntnis erhalten, daß der Ruf der Hindenburg-Spende, die meinen alten kriegsbeschädigten Kameraden und ihren Hinterbliebenen in Füssen der Not bis her so leutselich gehalten hat, guten Widerhall gefunden und neue Mittel zu diesem Zweck erbracht hat. So danke ich denn heute von ganzem Herzen allen, die meiner Gedächtnis in meinem Sinne vielen Bedürftigen Hilfe gebracht und die mich durch das Geistes treuer Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes erfreut haben.

Wir sehen vor schweren Aufgaben. Nach

aufen ringen wir um unsere Freiheit und unser Recht, im Innern um Arbeit und Brot. Nach wie vor wird es mein Ziel sein, als gerechter Sachwalter des gesamten Volkes über den Parteien stehend alle Deutschen hierfür zusammenzuschließen. Ich danke dabei auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes, dessen Geschichte lehrt, daß es sich auch in früheren Zeiten der Not und Gefahr einzig hinter eine starke und von nationalem Willen geleitete Führung gestellt hat. Es geht nicht um die Ausschauungen und Wünsche von Personen, Gruppen und Parteien, es geht um das Vaterland, es geht um Deutschlands Zukunft! Dieser zu dienen, für die Opfer zu bringen, muß der Wille jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau sein! Wer in dieser Erkenntnis zu mir steht und hilft, hat mir die beste Gedächtnisspende bereitet. In diesem Sinne: Vorwärts mit Gott!“

Die Glückwünsche des Papstes

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. hat dem Herrn Reichspräsidenten zu seinem 86. Geburtstag durch den Apostolischen Nuntius in Berlin seine besten Glück- und Segenswünsche übermittelt.

die Fabrikationsräume und die Kartonagen-Abteilung sowie ein Teil der Lagerbestände und des Rohmaterials ein Raub der Flammen wurden. Der Schaden wird auf über 300 000 Mark geschätzt.

Aus der schwarzen Chronik

Gasexplosion in Düsseldorf.

mit. Düsseldorf, 5. Oktober. Durch eine Gasexplosion in einem Hause in der Barbarastrasse wurden 3 Personen schwer verletzt.

Vier Tote bei einem Autobusunfall in Polen.

Warschau, 5. Oktober. Bei Dieradz im westlichen Kongreßpolen geriet gestern abend ein Autobus infolge Federbruches beim Passieren einer Brücke ins Schleudern, durchbrach das Brückengeländer und stürzte aus 15 Meter Höhe in die Ryglina. Von den Insassen wurden vier getötet und sechs schwer verletzt.

Bahnzug in Eilenburg entgleist.

Eilenburg, 5. Oktober. Zwölf Wagen eines aus Uelzen kommenden Güterzuges entgleisten heute früh auf dem hiesigen Rangierbahnhof infolge Achsenbruches eines Wagens. Ein Benzolwagen legte sich quer über die Schienen. Der Personenverkehr erlitt keine Unterbrechung.

Verfassungsfragen in Griechenland

Wien, 4. Oktober.

Der bisherige Oppositionsführer Tsaldaris, der Führer der monarchischen griechischen Volkspartei, die bei den letzten Wahlen große Erfolge errungen hat, hat in einem Schreiben an den griechischen Staatspräsidenten Zaimis die bestehende republikanische Staatsform anerkannt. Obwohl dieser Schritt, wie man annimmt, durch den Druck von Venizelos und der mächtigen Militärführer veranlaßt worden ist, ist die Frage der Staatsform zunächst gelöst. Der griechische Staatspräsident Zaimis hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem er die Hoffnung ausspricht, daß Griechenland in Zukunft glücklich als Republik bestehen werde. Venizelos erklärte sich gleichfalls von der christlichen Erklärung Tsaldaris befriedigt. Die Ruhe in Griechenland scheint somit für die nächste Zeit gesichert zu sein.

Die Regierung Venizelos dürfte noch im Laufe des Monats zurücktreten.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Meist schwache Winde aus wechselnden Richtungen. Vorwiegend heiter. Vielfach Nebel. Starke Tageschwankungen der Temperatur, keine Niederschläge.

Bluttat eines Forstgehilfen

Herrnorf, 5. Oktober. Wiederholte scharfe Auseinandersetzungen und Tätlichkeiten zwischen Forstgehilfen und Bevölkerung forderten ein Todesopfer. Im Verlaufe einer Auseinandersetzung erschlug der herrschaftliche Jäger Richter den 21 Jahre alten Forstgehilfen Heinrich Kleinpeter in der Nähe von Rainwiese.

Die Strafanträge im „Angriff“-Prozeß

Berlin, 5. Oktober. (E. M.) Im Prozeß gegen die verantwortlichen Redakteure des „Angriff“ wegen Verleumdung des bisherigen Berliner Polizeipräsidenten Dr. Welk und des früheren Polizeipräsidenten Orzeszinski beantragte heute Oberstaatsanwalt Dr. Burdardt gegen den verantwortlichen Lokalredakteur Krause eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten und gegen den verantwortlichen politischen Redakteur Dr. Rippert eine Geldstrafe von 1500 Mark.

Arbeiterentlassungen in Gladbach-Rheydt

enb. Gladbach-Rheydt, 5. Oktober. (E. M.) Wie von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, sind seit 24. September in der hiesigen Textilindustrie mehr als 200 Arbeiter entlassen worden, weitere Kündigungen sollen folgen.

Arbeitslosendemonstrationen im Osten Londons

London, 5. Oktober. Im Osten Londons kam es gestern abend zu Arbeitslosendemonstrationen, die zeitweise einen bedrohlichen Charakter annahmen. Mehr als 10 000 Arbeitslose, darunter viele Frauen, umlagerten das Rathaus. Die Gemeindeväter mußten von der Polizei durch die Hintertür nach Hause geleitet werden. Polizei zu Fuß und zu Pferde ging wiederholt mit Gummiknütteln gegen die Menge vor.

Der Lohnstreit im Leipziger Buchbindergewerbe

Leipzig, 5. Oktober. In Sachen des Lohnstreits bei der Leipziger Großbuchbinderer Siehe u. Co. ist vom Arbeitgericht Berlin gegen den Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Berlin, eine einstweilige Verfügung erlassen worden, in der dem Antragsteller verboten wird, den in Streik getretenen Arbeitnehmern der Firma jede direkte oder indirekte, tatsächliche, moralische oder finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Großfeuer in einer Pappfabrik

Windischschendenbach (Oberpfalz), 5. Okt. Infolge Hethlaufs eines Rogers entstand in der vergangenen Nacht in der Pappfabrik Windischschendenbach ein Feuer, das in kurzer Zeit einen derartigen Umfang annahm, daß die gesamte Schieferel,